



Presseschau vom 04.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Kai-Alexander Schlevogt: Klimakeule gegen Flutopfer: Hochwasserkrise offenbart apokalyptische Wahrheiten über Deutschland (I)

Die Gründe für die tragische Flutkatastrophe in Westdeutschland sind vielschichtig. Doch jetzt wird vielerorts monokausal der "Klimawandel" für das Unglück verantwortlich gemacht, um von politischem Versagen abzulenken. Teil I eines mehrteiligen Kommentars von Prof. Dr. Kai-Alexander Schlevogt. ...

<https://kurz.rt.com/2ly4>

de.rt.com: Telefonstreich: Schwedens Außenministerin stellt russischer Opposition Millionen in Aussicht

Die schwedische Außenministerin und OSZE-Vorsitzende Ann Linde ist auf den Telefonstreich russischer Prankster hereingefallen. Diese gaben vor, enge Nawalny-Vertraute zu sein. Im Gespräch stellte die Politikerin den falschen Oppositionellen hohe Geldsummen in Aussicht. ...

<https://kurz.rt.com/2luj>

de.rt.com: Der IS in Afghanistan – Versagen oder Absicht der USA? Hamid Karzai: "Das fragen wir uns jeden Tag"

Nachdem der "Krieg gegen den Terror" der USA in Afghanistan das Land in Chaos und

Zwietracht stürzte, liegt der Weg zum Frieden in innerafghanischen Verhandlungen, so der Ex-Staatschef des Landes Hamid Karzai. Russlands Vermittlung sei hierbei signifikant. ...
<https://kurz.rt.com/2lwv>

Wladislaw Sankin: Monster und Ungeziefer, Alte und Kranke – Wie und warum ein US-Staatssender Russen entmenschlicht

Seit Jahren veröffentlicht der US-Staatssender Radio Liberty Bilder des ukrainischen Karikaturisten Alexei Kustowski. Sein Hauptthema sind Putin und die "russische Welt". In der Regel bezeichnet er seine Protagonisten als Ungeziefer und sonstige Ekelwesen. ...
<https://kurz.rt.com/2lwi>

de.rt.com: Pfizers Geheimvertrag geleakt – Kunden sind Willkür des Pharmariesen ausgeliefert

Die Verträge von Pfizer mit zahlreichen Ländern über die Lieferung des Corona-Impfstoffs waren ein gut gehütetes Geheimnis. Nun hat ein Sicherheitsexperte die Dokumente veröffentlicht. Der Leak offenbart, die Käufer tragen alle Risiken. ...
<https://kurz.rt.com/2lzg>

snanews.de: Russland „entdollarisiert“ – Trendwende erreicht

Russland hat in jüngster Zeit die „Entdollarisierung“ vorangetrieben, also den angestrebten Verzicht auf den US-Dollar in seinen Rücklagen und Außenhandelstransaktionen. Damit will es sich vor denkbaren Sanktionen gegen bereits in Umlauf befindliche russische Staatsanleihen schützen. ...
<https://snanews.de/20210804/russland-entdollarisiert--trendwende-erreicht-3078379.html>

snanews.de: Internationale Studie: Biontech und Moderna verdienen sich „dumm und dämlich“

Gerade erst haben die führenden mRNA-Impfstoffhersteller Biontech und Moderna die Preise für ihre Corona-Vakzine erhöht. Die EU zahlt bereitwillig. Ein Zusammenschluss internationaler NGOs, darunter Amnesty International und Oxfam, analysiert und kritisiert die exzessiven Profite der Pharmahersteller in einer Studie. ...
<https://snanews.de/20210804/biontech-und-moderna-dumm-und-daemlich-3083952.html>

abends/nachts:

de.rt.com: US-Besatzer in Nordsyrien sichern kurdischen Kräften Unterstützung zu

Das Pentagon setzt seine Operationen in Syrien und im Irak trotz der angekündigten Abzugspläne fort. Die USA bekräftigten erneut die Unterstützung für die kurdisch geführten Kämpfer in Nordsyrien und kündigten neue Hilfen zur Sicherung von Gefängnissen an, in denen IS-Häftlinge untergebracht sind.

Der US-Kommandant der von den USA geführten Anti-ISIS-Koalition, Paul Calvert, bekräftigte am Sonntag die Unterstützung für die kurdisch geführten Kämpfer in Nordsyrien und kündigte neue Hilfen zur Sicherung von Gefängnissen an, in denen IS-Häftlinge untergebracht sind. An der Konferenz nahmen der SDF-Kommandeur Mazlum Kobane und andere hochrangige kurdische Funktionäre teil, berichtet Al-Monitor. Calvert bereitet sich zurzeit darauf vor, sein Kommando über die Koalition an Generalmajor John Brennan der US-Armee zu übergeben, einen Veteranen der Anti-IS-Mission, der eine persönliche Beziehung zu Kobane haben soll.

Bei einer Konferenz in der syrischen Stadt Hasaka untermauerte US-General Calvert die zusätzliche Unterstützung bei der Modernisierung der Gefängnislager, die unter der Kontrolle der sogenannten kurdischen Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) sind. Die von den USA

geführte Koalition kündigte bereits im Februar an, die Erweiterung einer großen Haftanstalt im Nordosten Syriens zu finanzieren – eine Maßnahme, um die Anzahl von Gefängnisausbrüchen zu verringern.

Anfang dieses Jahres führten die YPG und die inneren Sicherheitskräfte (Asayish) eine Reihe von Razzien im Lager al-Haul durch, um IS-Aktivisten festzunehmen, die unter Verdacht standen, eine Reihe von Morden und Entführungen im Lager angeordnet zu haben. Das Hasaka-Gefängnis war im vergangenen Jahr auch Schauplatz von mindestens zwei Ausschreitungen von IS-Kämpfern. Bei einem der Vorfälle entkamen die Gefangenen der Hauptzelle, es gelang ihnen aber nicht aus dem Lager auszubrechen.

Calvert sagte am Sonntag, diese Razzien halfen der Koalition, wertvolle Informationen über geheime IS-Zellen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Lagers al-Haul zu sammeln. Calverts Äußerungen erfolgten zu einer Zeit, in der die Biden-Regierung dabei war, die Syrien-Politik der USA zu überprüfen. US-Präsident Joe Biden hatte vor Kurzem ein offizielles Ende des US-Kampfeinsatzes im Irak bis Ende dieses Jahres angekündigt. Die Ausbildung und Beratung der irakischen Streitkräfte soll aber fortgesetzt werden. Derzeit befinden sich noch 2.500 US-Soldaten im Irak.

Etwa 900 US-Soldaten werden in Syrien bleiben, um die "Demokratischen Kräfte Syriens" zu unterstützen und zu beraten, berichtete Politico Ende Juli unter Berufung auf einen hochrangigen Amtsträger der US-Regierung, der nicht genannt werden wollte. Das Pentagon setzt seine Operationen in Syrien und im Irak trotz der angekündigten Abzugspläne fort. US-Truppen, die Teile Syriens illegal besetzt haben, plünderten in letzter Zeit die Ressourcen des Landes, einschließlich seines Öls.

Die USA unterstützen faktisch – unter dem Vorwand der Bekämpfung des IS – kurdische Separatisten in Nordsyrien und verletzen damit die syrische Souveränität. Die provisorischen Gefängnisse und Flüchtlingslager in Nordsyrien, in denen abertausende Islamisten, aber auch Frauen und Kinder unter katastrophalen Bedingungen festgehalten werden, machen deutlich, dass das US-Militär und dessen Verbündete nicht Herr der Lage geworden sind, wenn es um die Sicherheit der Bevölkerung in den kurdischen Gebieten geht.

US-Militärschläge gegen syrische Regierungstruppen gelten als völkerrechtswidrig, da die Charta der Vereinten Nationen den Einsatz von Gewalt nur dann billigt, wenn ein angegriffener Staat sich verteidigt oder der UN-Sicherheitsrat einen solchen Militärschlag genehmigt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61092e6248fbef27a90a5431.jpg>

de.rt.com: **Indien will Präsenz im Südchinesischen Meer verstärken**

Das Südchinesische Meer ist zwischen mehreren Anrainerstaaten umstritten. Gleichzeitig mischen sich auch überregionale Akteure in den Konflikt ein – etwa die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Deutschland und jetzt auch Indien.

Indien hat angekündigt, dass ein Verband seiner östlichen Kriegsflotte für zwei Monate im Südchinesischen Meer, in Südostasien und im westlichen Pazifik eingesetzt wird. Beteiligt an der Mission sind ein Lenkwaffenzerstörer, eine Lenkwaffenfregatte, eine Anti-U-Boot-Korvette und eine Lenkwaffenkorvette.

In einer Erklärung teilte das indische Verteidigungsministerium mit, dass dieser Einsatz die "operative Reichweite, die friedliche Präsenz und die Solidarität mit den südostasiatischen Ländern bei der Gewährleistung einer guten Ordnung im maritimen Bereich" unterstreichen solle.

Die Kriegsschiffe sollen an bilateralen Übungen mit der Kriegsmarine Malaysias, Vietnams, der Philippinen, Singapurs, Indonesiens und Australiens teilnehmen. Neben China beanspruchen auch die Philippinen, Brunei, Malaysia und Vietnam die umstrittenen Gewässer des Südchinesischen Meeres für sich.

Das indische Verteidigungsministerium erklärte am Montag:

"Sie werden auch an der multilateralen Übung MALABAR-21 an der Seite der Japanischen Maritimen Selbstverteidigungskräfte, der Königlichen Australischen Marine und der US-Marine im westlichen Pazifik teilnehmen."

Der Militärverband werde mit den anderen beteiligten Seestreitkräften Übungen durchführen, um militärische Beziehungen aufzubauen und die Interoperabilität bei der Durchführung maritimer Operationen zu entwickeln, heißt es in der Erklärung.

Erst vor wenigen Tagen hatte Peking den Einsatz des britischen Flugzeugträgers Queen Elizabeth, die von einem US-Zerstörer begleitet wird, im Südchinesischen Meer als "bewusst feindselige, politische Provokation" bezeichnet. Zudem warnte das chinesische Außenministerium vor einer Destabilisierung des regionalen Friedens.

Dennoch erklärte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am 27. Juli:

"Ich finde es besonders ermutigend zu sehen, dass Freunde stärkere Sicherheitsbeziehungen zueinander aufbauen und damit die Reihe von Partnerschaften, die Aggressionen in Schach halten, weiter stärken."

Die USA streben laut Austin an, die "gemeinsame Präsenz im indopazifischen Raum mit anderen engen Partnern und Verbündeten zu verstärken". Zudem warf er Peking vor, nicht gewillt zu sein, Streitigkeiten friedlich zu lösen und die Rechtsstaatlichkeit zu respektieren – nicht nur hinsichtlich des Streites um das Südchinesische Meer:

"Wir haben auch Aggressionen gegen Indien, destabilisierende militärische Aktivitäten und andere Formen der Nötigung gegen die Bevölkerung Taiwans erlebt."

Zwischen China und Indien besteht seit Jahrzehnten ein Streit um den genauen Verlauf der Grenzen. Laut indischen Medien habe China sich zuletzt geweigert, zwei Stellungen, die Indien beansprucht, zu verlassen und erklärt, dass Indien mit dem Erreichten zufrieden sein sollte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6109188cb480cc6a7507d59a.JPG>

de.rt.com: **Russland wird Chinas größter Rindfleischlieferant**

Das Reich der Mitte hat einen neuen Top-Lieferanten für Rindfleisch. Es ist sein Nachbarland Russland, dessen Bürger mehrheitlich günstigere Fleischsorten bevorzugen. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die russischen Rindfleischexporte nach China enorm zu.

Russland hat Australien, Argentinien und Brasilien bei den Rindfleischlieferungen auf den chinesischen Markt überholt. Laut dem Zentrum für Industrie-Expertise (CIE) der russischen Rosselchosbank dürften die Exporte in den kommenden fünf Jahren weiter wachsen.

China hat im ersten Quartal 2021 rund 3.700 Tonnen russisches Rindfleisch gekauft. Das ist 20 Mal mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, berichtet das CIE.

Mehr als 55 Prozent der gesamten russischen Rinderfleischexporte gehen auf den chinesischen Markt. Insgesamt hat Russland im Zeitraum von Januar bis März rund 6.500 Tonnen Rinderfleisch exportiert, fast zweieinhalb Mal so viel wie im Vergleichszeitraum des Jahres 2020.

Das CIE erklärt das Exportwachstum mit dem ökonomischen Basiseffekt und einem wettbewerbsfähigen Preis, der russisches Rindfleisch bei den chinesischen Verbrauchern beliebt macht. Außerdem wurde Chinas eigene Fleischproduktion durch die Afrikanische Schweinepest in den Jahren 2018 bis 2019 geschädigt und. Somit war Peking gezwungen, seine Fleischimporte zu erhöhen. Experten zufolge wird dieser Trend noch mindestens fünf Jahre lang anhalten. Der Leiter des CIE Andrei Dalnow prognostiziert:

"Die Notwendigkeit, die Fleischimporte auf einem hohen Niveau zu halten, wird mindestens für die nächsten fünf Jahre bestehen bleiben, während die Auswirkungen des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest zu spüren sind. Daher werden die Einfuhren von russischem Rindfleisch nach China in den kommenden Jahren weiterhin stark ansteigen."

Chinas ehemalige Hauptlieferanten hatten ebenfalls Probleme. Australien und Argentinien haben ihre Exporte pandemiebedingt reduziert. Brasilianische Unternehmen waren bereits im Jahr 2017 gezwungen, ihre Ausfuhren zu beschränken, da mehrere Dutzend landwirtschaftliche Betriebe des Landes wegen der Nichteinhaltung von Hygienevorschriften geschlossen wurden.

Die Rindfleischherzeugung in Russland wächst seit dem Jahr 2018 stetig. Experten zufolge verläuft die Dynamik trotz der Pandemie weiterhin positiv. Im ersten Quartal 2021 produzierte Russland insgesamt 314.000 Tonnen Rinderfleisch.

Experten prognostizieren, dass sich die hohe Nachfrage auf dem chinesischen Markt nicht auf die Rindfleischpreise in Russland auswirken wird. Während die jährliche Nachfrage nach Rindfleisch in Russland 1,94 Millionen Tonnen erreicht, exportiert das Land mit 20.000 Tonnen nur etwas mehr als ein Prozent seiner Gesamtproduktionsmenge. Im Gegensatz zu den Verbrauchern in China bevorzugen die Menschen in Russland preiswertere Fleischsorten wie Geflügel- und Schweinefleisch und nur etwa 17 Prozent der Kunden entscheiden sich für Rindfleisch.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6107e373b480cc414738df1f.JPG>

vormittags:

de.rt.com: Russischer Diplomat: Zwei Drittel der Taliban-Kämpfer für politische Lösung in Afghanistan

Der russische Sondergesandte für Afghanistan Samir Kabulow bekräftigt die Hoffnung auf Frieden und Sicherheit durch Verhandlungen. Nach seiner Einschätzung unterstützen zwei Drittel der Taliban eine politische Lösung des Konfliktes, auch in der Führung dieser Bewegung.

Nach Ansicht von Russlands Sondergesandtem für Afghanistan Samir Kabulow gibt es trotz der Eroberung von Gebieten durch die Taliban weiterhin Hoffnung und Aussicht auf Frieden und Sicherheit in dem Land. Kabulow erklärte am Dienstag, die militärischen Gewinne der Taliban müssen nicht die gleichen geopolitischen Probleme bedeuten wie in der Vergangenheit. Nur etwa ein Drittel der Kämpfer sei radikalisiert; und auch diese Gruppe stelle keine Gefahr für benachbarte Länder dar.

Der Diplomat wörtlich: "Nach unserer Einschätzung sind zwei Drittel der Bewegung, inklusive ihrer höchsten Führung, dem Ziel einer politischen Lösung der Krise in Afghanistan verpflichtet." Er fügte hinzu, die Soldaten seien kriegsmüde. Es sei unwahrscheinlich, dass sie versuchen, ihre Operationen auf andere zentralasiatische Nationen auszudehnen.

Die Taliban, die nach eigenen Angaben den größten Teil des Territoriums von Afghanistan eingenommen haben, drängen die von den USA gestützte Regierung in die Ballungsgebiete zurück. Zuletzt hatten Truppen der Regierung im Nachbarland Tadschikistan Zuflucht gesucht. Daraufhin hat Russland Tadschikistan bei der Sicherung seiner Grenzen unterstützt. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa wies auf die große Bedeutung von Verhandlungen hin. Nachdem im Juli hohe Vertreter der Taliban zu Gesprächen in Moskau gewesen waren, sagte sie, dass "die Taliban-Bewegung in unserem Land verboten" ist und dass Moskau "in jeder denkbaren Weise seine Verpflichtung bekräftigt, terroristische Aktivitäten zu bekämpfen".

Jedoch, so Sacharowa weiter, ist "die Taliban-Bewegung Teilnehmer an der inneren Verständigung" in Afghanistan. "Das ist genau die Verständigung, die zu unterstützen der UN-Sicherheitsrat alle Länder aufruft."

Vor einer Woche sagte der erste Stellvertreter des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei der UNO Dmitri Poljanski RT: "Wir unterstützen die innerafghanischen Verhandlungen, und alle unsere Anstrengungen sind auf die Aufnahme substanzieller Gespräche der beiden Seiten gerichtet." Russland sei in Friedensgesprächen mit den Taliban, wie im UN-Sicherheitsrat vereinbart.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61095485b480cc769c6ac454.jpg>

de.rt.com: **Boris Johnson trifft sich mit weißrussischer Oppositionspolitikerin Tichanowskaja in Downing Street**

Die weißrussische Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja hat nach dem Treffen mit dem britischen Premierminister Boris Johnson in der Downing Street erklärt, Johnson hätte ihr versichert, Großbritannien werde weiter Druck auf die weißrussische Regierung ausüben.

Der britische Premierminister Boris Johnson hat die weißrussische Ex-Präsidentschaftskandidatin und Oppositionsaktivistin Swetlana Tichanowskaja in der Downing Street empfangen. Bei der Begrüßung sagte Johnson gegenüber der 38-Jährigen: "Wir sind auf Ihrer Seite und unterstützen Sie sehr bei dem, was Sie tun. Wir setzen uns für die Unterstützung der Menschenrechte und der Zivilgesellschaft in Weißrussland ein." Journalisten teilte die weißrussische Oppositionspolitikerin nach dem Treffen mit, sie habe mit dem britischen Staatschef keine konkreten Maßnahmen diskutiert, die Großbritannien treffen könne. Dies benötige "weitere Arbeit". Sie zeigte sich trotzdem zuversichtlich, dass London ihr Hilfe im politischen Kampf gegen den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko anbieten werde. Sie nannte Johnson "einen Menschen, der wirklich gemeinsame Werte mit Weißrussen teilt".

In einem Interview für die US-Zeitschrift The National Interest im Vorfeld ihres Treffens mit US-Präsident Joe Biden in Washington vor einer Woche hatte Tichanowskaja die USA dazu aufgerufen, "die bedrängte Opposition zu stärken und Weißrussland zu demokratisieren".

Während des Besuchs im Weißen Haus soll die Politikerin Biden gebeten haben, Weißrussland zu einem "gelungenen Beispiel für einen gewaltfreien Übergang zur Demokratie" zu machen. Außerdem fordert die Oppositionsaktivistin westliche Staaten auf, weitere Sanktionen gegen Minsk zu verhängen.

Swetlana Tichanowskaja ist die Ehefrau des weißrussischen Oppositionspolitikers Sergei Tichanowski. Nach dessen Verhaftung im Mai 2020 stellte sie sich zur Präsidentschaftswahl in Weißrussland und erhielt nach offiziellen Angaben 10,12 Prozent der Stimmen. Die weißrussische Opposition besteht jedoch darauf, dass das Ergebnis gefälscht worden sei und die Politikerin bei der Wahl gewonnen habe. Tichanowskaja lebt aktuell in Litauen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61099bdfb480cc1e98203fd4.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 3. August 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: Nach Detonation von Autobombe nahe Minister-Haus: Erneut Explosion in Kabul gemeldet

In der afghanischen Hauptstadt Kabul ist es am Mittwoch zu einer Explosion nahe einer Verteidigungseinrichtung gekommen, meldet Reuters unter Berufung auf Polizeiangaben. Kurz davor detonierte eine Autobombe in der Nähe des Diplomatenviertels, es gab Todesopfer.

Reuters meldet, dass sich die jüngste Explosion nahe der Nationalen Sicherheitsdirektion ereignete. Dabei sollen mehrere Menschen, darunter auch Angreifer, verletzt worden sein.

Explosion und Schüsse am Haus des Verteidigungsministers

Am Dienstagabend war es zu einer Explosion nahe dem Haus des amtierenden afghanischen Verteidigungsministers Bismillah Chan Mohammadi gekommen. Gemeldet wurde die Detonation laut „Tolo News“ gegen 20:00 Uhr (Ortszeit) im Stadtteil Scherpur, der sich in der schwer gesicherten sogenannten Grünen Zone der Hauptstadt befindet. Dabei soll eine Autobombe gezündet worden sein.

Der Sprecher des Verteidigungsministers teilte später mit, dass zum Zeitpunkt der Explosion der Minister nicht zu Hause gewesen sei.

Im Anschluss sollen mehrere Angreifer in Wohnhäuser vorgedrungen sein und sich Feuergefechte mit Sicherheitskräften geliefert haben.

„Tolo News“ berichtet unter Berufung auf Angaben des Innenministeriums, dass bei der abendlichen Attacke insgesamt acht Menschen getötet und mehr als 20 verletzt worden seien.

Der Sprecher des amerikanischen Außenministers äußerte sich zu der Attacke: „Wir haben natürlich die heute aufgetauchten Berichte gesehen. Ich kann das noch nicht offiziell kommentieren, aber es trägt die Handschrift der Taliban*-Angriffe, die wir in den letzten Wochen gesehen haben. Wir verurteilen den Bombenanschlag eindeutig (...).“



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/04/3074398_0:273:2666:1773_1920x0_80_0_0_3b0a7120b21328656807d59134558396.jpg

snanews.de: **Statt geplantem Flug nach Warschau: Weißrussische Athletin Timanowskaja auf dem Weg nach Wien**

Die belarussische Athletin Kristina Timanowskaja, die am Mittwoch in Tokio mit einem Flugzeug nach Warschau starten sollte, hat in letzter Minute den Flug gewechselt, meldet unter anderem AFP. Derzeit ist die Sportlerin demnach auf dem Weg nach Wien.

Timanowskaja sollte laut AFP einen Flug nach Warschau antreten, das der Sportlerin zuvor ein humanitäres Visum erteilt hatte.

„Stattdessen flog sie mit Austrian Airlines ab, die Maschine soll um 16:05 Uhr in Wien landen“, heißt es.

Das österreichische Außenministerium bestätigte gegenüber Medien, dass die Sportlerin aus Weißrussland auf dem Weg nach Wien sei.

AFP meldet ferner unter Berufung auf ein Mitglied der belarussischen Community, dass

Diplomaten ihre Flugroute aufgrund von Sicherheitsbedenken geändert hätten. Zuvor hatte es geheißt, dass Timanowskaja mit der polnischen Airline LOT nach Warschau fliegen werde. Später wurde bekannt, dass der Flug LO80 Tokio-Warschau in Japan gestartet ist.

Ob die Athletin auf Dauer in Österreich bleibt oder wie geplant nach Polen weiterreist, ist bislang unklar.

Der Sportlerin Kristina Timanowskaja, die nach Kritik an ihrem Verband wohl gegen ihren Willen aus Tokio ausgeflogen werden sollte, hatten mehrere Staaten Hilfe oder Asyl angeboten. Darunter waren Tschechien, Slowenien und Polen. Warschau erteilte ihr schließlich ein humanitäres Visum.

Später äußerte sich auch der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg dazu. Laut seinen Worten war Österreich bereit, Timanowskaja aufzunehmen. „Wir haben sie erwartet. Es liegt an ihr, wofür sie sich entscheidet“, sagte er gegenüber der „Presse“.

Hintergrund

Die Läuferin Kristina Timanowskaja hätte bei den Olympischen Sommerspielen in Tokio eigentlich im 200-Meter-Sprint der Damen für ihr Heimatland Weißrussland antreten sollen. Timanowskaja informierte via Instagram, dass sie aber ohne Erklärungen für den 400-Meter-Lauf aufgestellt wurde. „Man hat beschlossen, alles hinter meinem Rücken zu machen“, schrieb sie. Die hochrangigen Personen sollten laut ihren Worten die Sportler respektieren und deren Meinung berücksichtigen.

Medien berichten, dass Timanowskaja zuvor eine Instagram-Story gepostet hatte, in der sie belarussische Funktionäre kritisiert haben soll, die sie ohne ihr Wissen für diese Distanz aufgestellt hätten, weil der Verband nicht die Anzahl ausreichender Dopingkontrollen für die Sportlerinnen habe gewährleisten können, die für die 400-Meter-Staffel vorgesehen waren. Später soll das Video gelöscht worden sein.

Am 1. August hatte das belarussische NOK erklärt, dass Timanowskaja „aufgrund ihres emotionalen und psychologischen Zustands“ nicht mehr an den Olympischen Spielen teilnehmen könne.

Die oppositionelle belarussische Athletenvertretung Belarusian Sport Solidarity Foundation teilte am 1. August via Telegram mit, dass Timanowskaja aus Tokio ausgeflogen werden soll. Am Flughafen Haneda hatte sie den Rückflug verweigert und sich an die japanische Polizei gewandt.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/04/3074612_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_172e1751542065bd7de9c6c16b647d4b.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 3. August 3:00 Uhr bis 4. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des

unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Jakowlewka, Kominternowo, Sachanka.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Wie bereits mitgeteilt wurde, starb gestern im zentralen Bezirkskrankenhaus von Nowoasowsk eine Zivilistin, geb. 1964, an ihren am 02.08.21 erlittenen Verletzungen. Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 14.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Weißrussische Teamkollegen kritisieren Timanowskaja: "Niemand hat sie bedroht"**

Der Skandal um die Leichtathletin Timanowskaja kann schwere Folge für den weißrussischen Olympia-Sport haben. Westliche Politiker werfen weißrussischen Behörden eine geplante Entführung vor und fordern Sanktionen. Aber wie schätzen ihre Team-Kollegen die Situation ein?

Der Eklat um die weißrussische Athletin Kristina Timanowskaja droht zu einem zweiten "Fall Protassewitsch" zu werden. Ende Mai hat die international breit ausgewalzte Affäre um eine angebliche Flugzeugentführung innerhalb weniger Tage zu Wirtschaftssanktionen gegen Weißrussland geführt, ohne dass die Internationale Luftfahrtbehörde ICAO die Schuldfrage je klären konnte.

Wieder einmal wird der Ton westlicher Politiker gegen die weißrussischen Behörden schärfer. Erneut ist die Rede von einer angeblichen Entführung und man fordert die sofortige Suspendierung des weißrussischen Nationalen Olympischen Komitees (NOK). Rob Koehler, der Generaldirektor des Verbandes Global Athlete, sagte im kanadischen Fernsehen: "Das IOC sollte das Weißrussische Olympische Komitee sofort suspendieren und allen Sportlern aus Weißrussland erlauben, als neutrale Athleten unter der olympischen Flagge zu starten." Auch Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kritisierte die Spitze der weißrussischen Regierung um Präsident Alexander Lukaschenko scharf. Er forderte, die "Aggression der weißrussischen Sicherheitsdienste auf japanischem Gebiet" müsse auf "entschiedenen Widerspruch der internationalen Gemeinschaft stoßen".

"Die Machthaber in Minsk haben mit der versuchten Verschleppung von Kristina Timanowskaja gezeigt, dass sie ihre eigenen Sportlerinnen und Sportler – und damit auch die olympischen Prinzipien – verachten", sagte Bundesaußenminister Heiko Maas der Rheinischen Post. Das Regime von Machthaber Alexander Lukaschenko sei politisch und moralisch bankrott.

Doch die Gespräche mit dem Haupttrainer und Vertretern des weißrussischen NOK sowie Sportlern und Mitarbeitern des weißrussischen Leichtathletikteams zeichnen ein anderes Bild.

Von Missverständnis bis zum Asylantrag

Am Samstag stellte Kristina Timanowskaja ein Video ins Internet, in dem sie die Teamleitung und indirekt den Haupttrainer der Leichtathletikmannschaft Juri Moissewitsch verbal scharf angriff. Später entfernte sie das Video. Ihr Vorwurf: Die Teamleitung habe die Anmeldung zweier Sportlerinnen für den 4x400-Meter-Staffellauf verpuscht und sie ohne ihr Wissen für

diesen Lauf angemeldet.

In Timanowskajas Heimat sorgte dies in den Medien für eine scharfe Reaktion. Während Moissewitsch im weißrussischen Fernsehen erklärte, dass das Problem mit dem Nicht-Erscheinen der vorgesehenen Athletinnen auf dem für Weißrussland komplizierten Anti-Doping-Verfahren basierte, warfen viele Kommentatoren, darunter auch ehemalige Sportler, Timanowskaja Verrat und mangelnden Teamgeist vor. Die Teamleitung bescheinigte der Sportlerin daraufhin einen "instabilen psychisch-emotionalen" Zustand, meldete sie von der weiteren Teilnahme ab und organisierte ihren Rückflug nach Minsk für den 1. August. Sie sollte zusammen mit den anderen Sportlern fliegen, die ihre Teilnahme an den Olympischen Spielen bereits beendet hatten.

Nach Angaben der Pressesprecherin des weißrussischen NOK ist Timanowskaja nicht zum Bustransfer zum Flughafen erschienen. "Aus einem unbekanntem Grund verpasste Kristina den Bus, der die Sportler zum Flughafen bringen sollte. Die Mitglieder der nationalen Delegation, insbesondere das Verwaltungspersonal unserer Zentrale, beschlossen, Kristina in einem separaten Fahrzeug zum Flughafen zu bringen."

Dabei wurde die Sportlerin nach eigenen Angaben von drei Personen begleitet. Dies nahm sie offenbar als Bedrohung wahr, denn später behauptete sie, dass sie gegen ihren Willen nach Weißrussland hätte zurückkehren sollen. Das NOK erklärte dazu: "Bei ihrer Ankunft am Flughafen machte Kristina Videoaufzeichnungen von ihren Begleitern. Als sie den ersten Polizeibeamten am Flughafen bemerkte, zeigte sie ihm das Video von ihren Begleitern, welches darauf hingedeutet haben soll, dass sie von KGB-Beamten begleitet worden sei, wie sie in ihrer Aussage betonte. Obwohl diese Angestellte des NOK und des Verwaltungspersonals unserer Zentrale waren".

Im Flughafen bat Timanowskaja in einem in sozialen Medien geteilten Kurzvideo das IOC um Hilfe, da versucht werde, sie "ohne ihr Einverständnis außer Landes zu bringen". Kurze Zeit später fügte sie in einem Interview hinzu: "Ich habe Angst, dass ich in Weißrussland inhaftiert werden könnte. Ich mache mir Sorgen um meine Sicherheit. Ich werde um Asyl bitten."

Ab diesem Moment bekommt der Skandal eine internationale Tragweite. Ein Vorfall, der mit einem Missverständnis aufgrund einer mangelhaften Kommunikation begann, endet mit einem Asylantrag.

Alles ein Hirngespinnst?

Die weißrussische Weitspringerin Anastasia Mirontschik-Iwanowa sagte in einem Gespräch mit RT, dass sich Timanowskaja im Team unkooperativ verhalten habe. In den letzten Tagen habe sie weder den Teamsitzungen noch an gemeinsamen Feierlichkeiten, nachdem ein weißrussischer Sportler Gold gewonnen hatte, teilgenommen und den Kontakt mit Kollegen und Trainern gemieden.

"Aber wir haben gesehen, wie sie sich in den sozialen Medien verhält. Langsam zeichnet sich ein Bild ab. Dies ist keine sehr angenehme Geschichte. Leider könnte der Skandal ein schlechtes Licht auf Weißrussland, unsere Athleten und die Zukunft der Leichtathletik im Land im Allgemeinen werfen."

Nach Meinung der Teamkollegin könnten alle Differenzen in einem Gespräch mit dem Haupttrainer geklärt werden, er sei immer offen und erreichbar. Timanowskajas Angst vor einer Verfolgung in Weißrussland könne sie nicht nachvollziehen. "Wofür sollte man sie inhaftieren? Was hat sie verbrochen? Wir haben keine Gesetze, die Kritik an der Sportföderation mit Haft bestrafen." Wahrscheinlich habe sich in Kristina bereits zuvor etwas zusammengebraut, so Mirontschik-Iwanowa.

Mirontschik-Iwanowa hofft auf eine Untersuchung, um die Lügen aus der Welt zu schaffen.

"Wir müssen Kristina und ihren Anwalt anhören. Unser Vertreter und der Vertreter des IOC sollen dabei sein. Glauben Sie mir, niemand hat Timanowskaja je etwas angetan, niemand wollte sie hinter Gitter bringen. Das sind alles Fakes in Kristinas Kopf". Die Athletin betonte: "Begleiten und Festhalten sind zwei verschiedene Dinge. Am Sonntag kehrte eine Delegation

von Athleten, die bereits an den Olympischen Spielen teilgenommen hatten, nach Weißrussland zurück. Kristina sollte in Begleitung des NOK-Personals mit ihnen fliegen. Niemand hat sie an den Armen gepackt, wie in den Videoaufnahmen am Flughafen deutlich zu sehen ist."

Die Weitspringerin ist nicht allein mit ihrer Kritik. Hochspringer Maxim Podasekow, der in Tokio Bronze gewann, sieht das Problem vor allem in Timanowskajas Arroganz. Nach Angaben der weißrussischen Medien soll er über sie in einem Interview gesagt haben: "Ich mag diese Person nicht. Sie verhält sich arrogant gegenüber dem Team und der Leitung. Ich denke, die Reaktion war angemessen. Sie redet viel, aber man muss die Verantwortung für seine Worte übernehmen."

Im Team gebe es aber auch viele, die Verständnis für Kristina hätten, so ihr Ehemann Arseni Sdanewitsch in einem Fernsehinterview. Er schätzt die Stimmungslage im Team ähnlich wie Mirontschik-Iwanowa ein und wünscht ebenfalls eine ehrliche Aufklärung in der Sache. Allerdings ist zu erwarten, dass nach all dem politischen Druck vonseiten westlicher Staaten und Sportverbänden die Hoffnungen auf objektive Untersuchung des Skandals durch das IOC eher gedämpft werden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61099aa548fbef0e184bc62c.jpg>

snews.de: **Iran: Können „jede Art von Drohnenmission“ durchführen**

Die Streitkräfte Irans seien mit den modernsten Luftverteidigungssystemen ausgestattet, die ihnen die Möglichkeit geben, jede Art von Drohnenmission erfolgreich durchzuführen, teilte der iranische Verteidigungsminister Alireza Sabahifard bei einem Treffen mit Militärs mit. Trotz seines Status als regionale Macht hat der Iran – eher wie eine globale Macht – eine Reihe von Weltklassedrohnen entwickelt und eingesetzt. Ihr Design reicht von kleinen sich langsam bewegendem unbemannten Aufklärungsluftfahrzeugen bis zu taktischen Mehrzwecksystemen und strahlgetriebenen Langstrecken-Suizid-Drohnen.

Der Kommandeur pries den Erfolg der iranischen Verteidigungsindustrie bei der Entwicklung und Produktion der Verteidigungssysteme mithilfe von lokalen Ressourcen an. Dies habe Teheran geholfen, in diesem Bereich unabhängig zu werden und das Monopol der Großmächte zu brechen.

Sabahifard erwähnte unter anderem den Ersten Golfkrieg zwischen dem Irak und Iran, der vom 22. September 1980 bis zum 20. August 1988 andauerte, und erklärte, dass die heutige Situation noch schwieriger sei.

„Jetzt leben wir im Frieden, und wir müssen wachsammer sein als je zuvor bei (...) der Überwachung des Himmels des islamischen Irans, rund um die Uhr, damit man nicht vergisst, dass die kleinste Fahrlässigkeit zu irreparablen Schäden für das Land führen kann“, zitiert die Nachrichtenagentur Fars aus der Ansprache des Kommandeurs am Montag.

Sabahifards Äußerungen kamen zu einem Zeitpunkt, an dem die Spannungen zwischen dem Iran und Israel wegen der Attacke auf den Tanker „Mercer Street“ in der vergangenen Woche eskalierten. Der Angriff forderte zwei Todesopfer – einen britischen und einen rumänischen Staatsangehörigen. Großbritannien, die USA, Rumänien, Kanada und die Nato haben den Iran dieses Angriffs beschuldigt, Teheran hat eine Teilnahme an der Attacke jedoch verneint.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/04/3075372_0:218:1920:1298_1920x0_80_0_0_3d133e77defb02cbcc809d6f38ebf577.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 4. August um 9:00 Uhr 6943 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 5491 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 620 Todesfälle.

snanews.de: **„Sputnik V“ fehlen genügend valide Daten, um „Sicherheit nachzuweisen“ – von der Leyen**

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) gesagt, dass der russische Corona-Impfstoff „Sputnik V“ vorerst nicht in der EU zugelassen wird. Darüber informiert RND am Mittwoch.

„Der Europäischen Arzneimittel-Agentur EMA liegen bislang nicht genug valide Daten vor, um die Sicherheit des Wirkstoffs nachzuweisen“, zitiert RND die Kommissionspräsidentin. Dass der russische Hersteller diese Daten nicht liefern könne, werfe Fragen auf, so von der Leyen.

Russlands Antrag auf Zulassung des Impfstoffs „Sputnik V“ in der EU wird seit Anfang März geprüft. Aktuell wird mit der Zulassung der Europäischen Arzneimittel-Agentur bis zum Herbst gerechnet. Mittlerweile ist „Sputnik V“ weltweit in 69 Staaten zugelassen, darunter auch in den EU-Mitgliedstaaten Ungarn und Slowakei.

Am Dienstag wurde bekannt, dass die EU-Kommission die Impfbefreiungen von mit „Sputnik V“ geimpften Bürgern in San Marino anerkannt hat. Seit Mai schwankten die Ansteckungszahlen in dem europäischen Zwergstaat um Null. Den lokalen Gesundheitsbehörden zufolge liegt das weitgehend an den Lieferungen des russischen Impfstoffs, mit dem etwa 90 Prozent aller Impfungen im Land verabreicht werden.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/04/3075918_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_e59b6f7bf_e84d943fce2f71fd7c7d080.jpg

snanews.de: **Mann droht mit Granatenexplosion im ukrainischen Regierungsgebäude – Festnahme**

Ein Mann hat am Mittwoch mit einer Granatenexplosion im Regierungsgebäude in der ukrainischen Hauptstadt Kiew gedroht, berichten lokale Medien.

Auf dem [im Internet veröffentlichten Video](#) sieht man einen Mann, der den Stift einer Granate gezogen und verlangt hat, dass die Menschen das Gebäude verlassen.

„Ich werde nicht lebend gehen, ich werde dafür für zehn Jahre verhaftet“, rief der ehemalige Pionier.

Spezialeinsatzkräfte sind am Tatort eingetroffen. Berichten zufolge stellte der Mann keine Forderungen.

Laut einem Sprecher des ukrainischen Innenministeriums ist der Täter im Donbass im Einsatz gewesen und verschüttet worden. „Es gibt keine Gründe zu denken, dass es eine Granatenatrappe ist“, so der Sprecher.

Zunächst war die Erstürmung des Gebäudes geplant, aber dann wurden Verhandlungen mit dem Mann aufgenommen. Den Meldungen zufolge hat er sich sogar für seine Handlungen entschuldigt.

Die Polizei ermittelt in dem Fall. Die Gründe der Tat sind momentan noch nicht klar.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/0e/2489212_0:320:3072:2048_1920x0_80_0_0_88f6718_f3ea72d990d1e6e4040ed7584.jpg

Mzdnr.ru: Am 3. August wurden in der DVR 826 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 302 positiv, bei 115 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 4. Aug um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 48.929 Fälle von

Coronavirusinfektionen registriert.

4674 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 40.615 als gesund entlassen, es gibt 3640 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 189 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 11 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 131 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1806 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 742 mit Sauerstoffunterstützung (+46 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden durch 518 Expressstests 90 Patienten entdeckt, die bereits eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2201 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: **Russischer Botschafter: EU politisiert Frage von Impfstoff-Zulassung**

Die Europäische Union instrumentalisiert die Anerkennung der russischen Impfstoffe für politische Zwecke, erklärte der russische EU-Botschafter Wladimir Tschischow gegenüber der Zeitung „Iswestija“ am Mittwoch. Damit reagierte er auf die Aussagen des deutschen Außenministers Heiko Maas, der ähnliche Vorwürfe gegen Moskau erhoben hatte.

„Die Frage mit den russischen Impfstoffen wird gerade hier, in der Europäischen Union, politisiert, und nicht bei uns. So wie alles politisiert wird, was mit Russland zu tun hat“, betonte der Diplomat.

„Statt Zusammenarbeit und Zusammenschluss der Weltgemeinschaft haben wir eine Art Wettkampf der Impfstoffe und eine offensichtliche Instrumentalisierung für politische Zwecke. Ich betone: nicht von unserer Seite.“

Laut Tschischow ist es nicht ausgeschlossen, dass dahinter eine pharmakologische Lobby stehe. Russland biete im Unterschied zu den anderen Herstellungsländern nicht nur ein fertiges Vakzin, sondern auch seine Herstellungstechnologie für diejenigen, die den Herstellungsprozess organisieren können. Heute würden die einheimischen Präparate nicht nur in Russland, sondern auch in den anderen Ländern hergestellt.

„Es ist klar, dass es außer der Instrumentalisierung für politische Zwecke auch ein kommerzielles Interesse seitens der pharmakologischen und pharmazeutischen Kolosse gibt, deren Einfluss auf die Weltwirtschaft während des letzten Jahrzehnts riesengroß geworden ist“, betonte Tschischow.

Maas hatte zuvor die „Impfstoffdiplomatie“ von China und Russland heftig kritisiert. Bei dem G20-Treffen Ende Juni warnte er die beiden Länder davor, die Verteilung von Corona-Impfstoffen für den Ausbau ihres Einflusses in der Welt zu nutzen. Man müsse Staaten wie China und Russland klar machen, „dass wir von deren ‚Impfstoffdiplomatie‘ nichts halten“, erklärte er.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/0f/2503195_0:184:2987:1864_1920x0_80_0_0_aefed861

[5f85b09ead67724b66eb28a0.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1628071060_57972_big)

nachmittags:

deu.belta.by: **Gebietsgericht verhandelt Strafverfahren gegen Maria Kolesnikowa und Maxim Snak**

Das Minsker Gebietsgericht hat heute mit der Verhandlung von Strafverfahren gegen Maria Kolesnikowa und Maxim Snak begonnen. Die Verhandlung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Frau Kolesnikowa und Herr Snak werden vom Untersuchungsorgan der Verbrechen beschuldigt, die im Art. 357 Teil 1, Art. 361 Teil 3, Art. 361-1 Teil 1 StGB beschrieben sind. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte zuvor informiert, dass die Angeklagten spätestens am 16. Juli 2020 ein Komplott geschmiedet hätten, die Staatsmacht verfassungswidrig zu ergreifen. Ihrem Plan zufolge hätten sie sich als Vertreter der überwiegenden Mehrheit der belarussischen Staatsbürger positioniert und an verschiedenen Orten öffentlich Erklärungen abgegeben, dass die Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja die Wahlen gewonnen habe, dass die belarussische Bevölkerung das Vertrauen in die Staatsbehörden und die Regierung verloren habe und dass die legitime Staatsmacht schwach sei. Sie riefen Belegschaften staatlicher Betriebe zum Streik auf und stellten ausschließlich politische Forderungen als angeblich legaler Ausdruck einer eigenen Meinung. Bei mehreren Gelegenheiten forderten sie direkt und indirekt die Erklärung der Wahl als ungültig und die Anerkennung des amtierenden Staatschefs als illegitim.

Auf der Pressekonferenz am 18. August 2020 in Minsk erklärten Kolesnikowa, Snak und andere, dass auf Initiative von Swetlana Tichanowskaja ein Koordinierungsrat gebildet wurde, dessen Aufgabe es sei, als einheitliches Vertretungsorgan der belarussischen Gesellschaft den Machtwechsel zu organisieren.

Ohne ihre Motive klar zu artikulieren, haben sie die Gründung des Koordinierungsrates mit dem offiziellen Ziel getarnt, die politische Krise im Land zu überwinden, den gesellschaftspolitischen Frieden herbeizuführen und Souveränität und Unabhängigkeit von Belarus zu schützen.

Gleichzeitig stellte die Generalstaatsanwaltschaft fest, dass der eigentliche Zweck des Koordinierungsrates darin bestand, die Protestaktivitäten zu koordinieren, Aktionen zu organisieren und durchzuführen, die darauf abzielten, die Staatsmacht zu ergreifen und die politische Führung auf verfassungswidrige Weise auszuwechseln, politische, ideologische und soziale Feindseligkeit in der Gesellschaft zu schüren sowie öffentlich zur Behinderung des rechtmäßigen Funktionierens der Staatsmacht und der Verwaltung aufzurufen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1628071060_57972_big

[.jpg](#)

snanews.de: **Weitere Sportlerin aus Belarus plant keine Rückkehr in Heimat und will in Deutschland bleiben**

Vor dem Hintergrund des Falls der weißrussischen Athletin Kristina Timanowskaja bei den Olympischen Spielen hat nun eine weitere Sportlerin aus Belarus erklärt, dass sie nicht in ihr Heimatland zurückkehren wolle.

Die weißrussische Leichtathletin Jana Maximowa (Jana Maksimawa) teilte via Instagram mit, dass sie nach vielen Überlegungen beschlossen habe, nicht nach Weißrussland zurückzukehren. „Leider kann einem dort jetzt nicht nur die Freiheit, sondern auch das Leben weggenommen werden.“

Die Sportlerin, die sich derzeit in Deutschland befindet, äußerte sich unter anderem gegenüber der oppositionellen belarussischen Athletenvertretung Belarusian Sport Solidarity Foundation: „Nach allen Ereignissen plane ich nicht, nach Belarus zurückzukehren. Ich habe eine kleine Tochter, ich kann nichts riskieren. Ich bin eine Person, die nicht schweigen kann. Als ich in Weißrussland lebte und trainierte, gab mir die ganze Situation keine Ruhe. Im Laufe dieser Zeit fuhr ich fort, etwas zu tun, und riskierte.“

Bezüglich des Aufenthalts in Deutschland sagte die Sportlerin, dass sie hier mit voller Brust atmen könne. „Hier ist die Chance, (...) zu denjenigen zu gehören, die für die Freiheit ihres Volkes, ihrer Freunde, Verwandten und Lieben kämpfen.“ Ferner fügte sie hinzu: „Ich möchte jene Energie zurückgewinnen, die mir bei den Wettbewerben für einen guten Austritt und die weitere Teilnahme an den Olympischen Spielen in Tokio fehlte.“

Unter anderem beschwerte sie sich in dem Interview über das Niveau der Sportentwicklung in Belarus, wo ihr niemand bei der Vorbereitung auf die Wettbewerbe habe helfen können.

„In Weißrussland hatte ich weder einen Arzt, der mir hätte raten können, wie ich regenerieren soll oder welche Vitamine ich einnehmen muss, noch einen Masseur. 16 Jahre lang trat ich für eine Mannschaft an, der ich egal war.“

Die 32 Jahre alte Maximowa befindet sich Medienberichten zufolge in Deutschland zusammen mit ihrem Ehemann Andrej Krawtschenko (Krautschanka), dem Silbermedaillengewinner der Olympischen Spiele 2008.

Maximowa hatte 2013 bei den Halleneuropameisterschaften in Göteborg die Silbermedaille im Fünfkampf gewonnen. Sie war Olympia-Teilnehmerin 2008 und 2012. Für die Olympischen Spiele in Tokio konnte sie sich nicht qualifizieren. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/04/3078983_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_2e5ada6c8b9b0117d18841f9e3b683ba.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 04.08.2021
Die ukrainische Seite verletzt weiter ihre Verpflichtungen.

So wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 72. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Bogomolows von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus **Jakowlewka** mit automatischen Granatwerfern beschossen und acht Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje und Lebedinskoje aus **Kominternowo** und **Sachanka** mit 82mm-Mörsern und Granatwerfern beschossen und vier Mörsergeschosse und zwei Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **zwei Feuerprovokationen** begangen.

Kämpfer des 1. Gebirgssturmbataillons der 128. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Pawlopol aus **Oktjabrj** beschossen und drei Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

Kämpfer des 2. Bataillons der 93. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Granitnoje aus neun Granaten mit Antipanzergranatwerfern auf **Grigorowka** abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern..

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, sich in das Geschehen einzumischen und auf die BFU einzuwirken, um sie zur Einhaltung eines nachhaltigen Regimes der Feueereinstellung und zur Einstellung des Terrors gegen die friedliche Bevölkerung der Republik zu zwingen.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert wurde.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet in der Nähe von Newelskoje.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10. und 93. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle während der Flüge von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Kremenewka und Oserjanowka zu blockieren. Dies erlaubte es den Beobachtern der OSZE-Mission nicht, die von den Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte stationierten verbotenen Waffen und Fälle von Verletzung des Regimes der Feueereinstellung zu erfassen.

Wir erhalten weiter Informationen über Fälle von **Waffen- und Munitionshandel durch Kämpfer der BFU** in der Zone der Strafoperation.

So wurden vier Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade von Mitarbeitern des SBU beim Versuch, eine große Partie Waffen im Gebiet von Kurachowo abzusetzen, festgenommen. Bei der Festnahme durch Mitarbeiter des SBU wurden bei den Übeltätern drei Granatwerfer RPG-7 und vier vier RPG-26, 12 AK-74-Maschinenpistolen, 15 Granaten F-1 und RGD-5, mehr als 30 Zünder für Granaten sowie mehr als 2000 Patronen des Kalibers 5,45 mm konfisziert.

Mitarbeiter des SBU hatten zuvor den Verkauf von fünf Granatwerfern und 3000 Patronen des Kalibers 5,45 mm durch die Übeltäter an Vertreter der nationalistischen Organisationen C-14,

die mit dem SBU zusammenarbeiteten, dokumentiert.

Es wurde ein Strafverfahren wegen „Gesetzwidriger Handel mit Waffen und Munition“ aufgenommen. Ermittlungsmaßnahmen laufen.

Neben dem Diebstahl von Waffen und Munition sind in den Truppenteilen und Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone Fälle der **Zerlegung von Militärtechnik** festzustellen.

Nach Informationen einer Quelle wurden bei der Arbeit einer Kommission des Panzerdienstes des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in den Einheiten der 93. Brigade Fälle von Funktionsunfähigkeit und Zerlegung bei mehr als 30% der Militärtechnik festgestellt. Auf Anweisung des Kommandeurs der 93. Brigade Brishinskij wurde die Reparatur der gesamten defekten Technik den Soldaten und ihren Kommandeuren auf eigene Kosten auferlegt. Da sie ihr eigenes Geld nicht ausgeben wollen, tauschen die Soldaten die notwendigen Teile in den Einheiten der benachbarten 128. und 28. Brigade gegen Treibstoff ein.

de.rt.com: **Angebliche Schiffsentführung im Golf von Oman beendet – Iran bestreitet Vorwürfe**

Eine britische Behörde hatte erst gewarnt, dass ein Schiff im Persischen Golf entführt worden sei. Britische Zeitungen nannten Iran als Verantwortlichen. Nach heftigem Protest aus Teheran meldete die Behörde dann plötzlich, dass der Vorfall beendet worden sei, ohne Details zu nennen.

Die iranische Regierung hat die ständigen Berichte über angebliche Sicherheitsvorfälle im Persischen Golf und im Arabischen Meer als "höchst verdächtig" verurteilt. Zuvor hatte die britische Seehandelsbehörde von einer neuen "möglichen Entführung" vor der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate berichtet.

Die britische Behörde hatte am Dienstag zunächst erklärt, dass etwa 113 Kilometer) östlich der Region Fudschaira in den Vereinigten Arabischen Emiraten "ein Vorfall" im Gange sei, teilte die britische Seehandelsbehörde am Dienstag mit. Die Behörde, die mit Reservisten der Royal Navy besetzt ist und den Schiffsverkehr in diesem Gebiet überwacht, bezeichnete den Vorfall als "Angriff" oder "Entführung".

Kurz nach der harschen Kritik aus Iran änderte die britische Behörde jedoch ihre Meldung und beendete die Warnung. Das Schiff sei nun in Sicherheit, teilte sie mit, ohne Details zu nennen. Die angeblichen Entführer hätten das Schiff wieder verlassen. Die Behörde nannte nicht, um welches Schiff es sich gehandelt haben soll.

Die Zeitung The Times hatte unter Berufung auf angebliche britische Regierungsquellen berichtet, dass ein Schiff mit dem Namen "Asphalt Princess" vor der Küste Fudschairas von einer "Gruppe" von etwa acht oder neun bewaffneten Angreifern gekapert worden sein soll. Bei der "Asphalt Princess" handelt es sich um einen Asphalt- und Bitumen-Tanker unter der Flagge Panamas, der 1976 gebaut wurde, so die Website MarineTraffic, die die Bewegungen verschiedener Hochseeschiffe überwacht. Die Website zeigte auch, dass das Schiff zum Zeitpunkt des Berichts tatsächlich durch den Golf von Oman fuhr.

Nach Angaben der Times, die sich wiederum auf eine Regierungsquelle beruft, gingen britische Beamte davon aus, dass Iran hinter dem angeblichen Angriff steckt. Teheran bestritt jedoch jegliche Beteiligung und bezeichnete die Berichte selbst als "höchst verdächtig".

Iran sei bereit, Schiffen, die den Persischen Golf und den Golf von Oman befahren, jegliche Unterstützung zukommen zu lassen, sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Said Chatibsadeh, am Dienstag. Er fügte hinzu, dass die Islamische Republik bereit sei, mit anderen regionalen Staaten in diesem Bereich zusammenzuarbeiten und alle Fragen im Zusammenhang mit Handelsschiffen "genau" zu untersuchen. Das iranische Außenministerium warnte andere Nationen davor, in der Region eine "falsche Atmosphäre" zu schaffen, um "politische Ziele" zu erreichen.

Auch die Iranische Revolutionsgarde bestritt am Dienstag, dass iranische Streitkräfte an

Aktionen gegen Schiffe in dieser Region beteiligt waren.

Mindestens vier weitere Schiffe, die in der Nähe der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate unterwegs waren, meldeten am Dienstag, sie hätten die Kontrolle über die Steuerung verloren, so die Nachrichtenagentur AP. Bei den Schiffen handelte es sich laut Medienberichten um die Öltanker "Queen Ematha", "Golden Brilliant", "Jag Pooja" und "Abyss". Die genauen Umstände dieser Vorfälle sind noch unklar.

Vor wenigen Tagen wurde ein von Israel betriebenes Schiff Ziel eines von den USA als "Selbstmorddrohne" bezeichneten Angriffs, bei dem zwei Menschen an Bord getötet wurden. Die USA, das Vereinigte Königreich und Israel machten daraufhin einhellig Iran für den Angriff verantwortlich und versprachen eine "Antwort" auf den Angriff, ohne konkrete Details zu nennen.

Teheran wies jede Verantwortung für den Angriff zurück, warnte die drei Länder vor "möglichen Abenteuern" und fügte hinzu, dass es nicht zögern werde, seine Sicherheit zu schützen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/610a5dec48fbef0dc65bcb22.JPG>

de.rt.com: **Politologe: Ukraine soll Sonderstatus als "Alliierter außerhalb der NATO" beantragen**

Nach der Einwilligung der USA zu Nord Stream 2 sucht die Ukraine Wege, wie die Westintegration vorangetrieben werden kann. Ein Sonderstatus als Alliierter außerhalb der NATO brächte für das Land Ukraine weitreichende Privilegien.

Der ukrainische Politologe Taras Segenjuk hat Präsident Wladimir Selenskij empfohlen, bei der NATO einen Sonderstatus für die Ukraine zu beantragen. "Ich denke, dass die strategische Frage von Nord Stream 2 bereits geklärt ist. Ich denke, die USA und Deutschland haben sich für dieses Projekt entschieden", sagte Segenjuk laut russischen Medienberichten in einer Sendung des Kanals Ukraina-24.

"Wir sollten zum Beispiel von den USA den Status eines besonderen Verbündeten außerhalb der NATO fordern und erfragen."

Segenjuk zufolge müsse der ukrainische Präsident das Thema bei seinem bevorstehenden Treffen mit seinem amerikanischen Amtskollegen Joe Biden besprechen. Ein Sonderstatus bei der NATO könne zwar nicht unmittelbar erreicht werden, Selenskij könne aber die Voraussetzungen schaffen.

Das Treffen zwischen Biden und Selenskij ist für den 30. Juli in Washington angesetzt. Laut Angaben des Weißen Hauses werden die Präsidenten die Energiepolitik und Sicherheitspolitik in Osteuropa besprechen.

Sonderstatus "Wichtiger Nicht-NATO-Verbündeter"

Der Sonderstatus, den der Politologe für die Ukraine vorschlägt, heißt offiziell "Major non-

NATO ally" (MNNA), zu Deutsch: "Wichtiger Nicht-NATO-Verbündeter". Ein solcher Status räumt ausländischen Partnern weitreichende Vorteile in den Bereichen Verteidigungshandel und Sicherheitskooperation ein.

Laut dem US-Außenministerium sei die Ernennung eines Staates zum MNNA ein starkes Symbol für die enge Beziehung zu den USA. Der MNNA-Status bietet zwar militärische und wirtschaftliche Privilegien, bringt aber keine Sicherheitsverpflichtungen gegenüber dem jeweiligen Land mit sich.

Die Privilegien berechtigen unter anderem zur Ausleihe von Material, Betriebsmitteln oder Ausrüstung, zur Platzierung US-amerikanischer Kriegsreserve-Lagerbestände und zum Erwerb von Munition mit abgereichertem Uran. Die Länder, die zuletzt den MNNA-Status erhielten, waren Brasilien (2019), Tunesien (2015) und Afghanistan (2012).



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6107d8ca48fbef0cf908d9a9.jpg>